

# Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,  
28.06.2012, 18:00 Uhr, in der Gaststätte "Tivoli", Windallee 21, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Elke Vollmer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Walter Langer
	Abbes Mahouachi
	Djüre Meinen
	Alfred Müller
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Dr. Marko Alexander Seelig
	Maren-Susan Toepler
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Klaus Engler
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Jörg Kreikenbohm
	Rainer Rädicker
	Johann Taddigs

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 22.03.2012**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Neubesetzung von Ausschüssen und Wechsel eines Ausschussvorsitzenden; hier: Antrag der Fraktion Grüne/BBV**
- 6 **Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Fassung eines Vorbehaltsbeschlusses gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG in der Angelegenheit "Verkehrsberuhigung Osterstraße und Tweehörnweg"**
- 7 **Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Fassung eines Vorbehaltsbeschlusses gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG in der Angelegenheit "Verkehrsberuhigung Oldenburger Straße"**
- 8 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
  - 8.1 **Verwaltungsausschuss vom 28.06.2012 (siehe auch TOP 8.3)**
    - 8.1.1 Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 35 NKomVG
  - 8.2 **Verwaltungsausschuss vom 21.06.2012 (siehe auch TOP 8.7)**
    - 8.2.1 **Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 14.06.2012**
      - 8.2.1.1 Bewirtschaftung Gelände und Gebäude Deichhörn / Kurzentrum
  - 8.3 **Verwaltungsausschuss vom 28.06.2012**
    - 8.3.1 Bewirtschaftung Gelände und Gebäude Deichhörn / Kurzentrum  
hier: Antrag der Gruppe SPD / CDU / FDP im Rat der Stadt Varel auf Festlegung der Besetzung des Arbeitskreises zur Weiterentwicklung des Konzeptes
  - 8.4 **Verwaltungsausschuss vom 12.04.2012**  
Kein Tagesordnungspunkt
  - 8.5 **Verwaltungsausschuss vom 10.05.2012**  
Kein Tagesordnungspunkt
  - 8.6 **Verwaltungsausschuss vom 31.05.2012**  
siehe nichtöffentlicher Teil
  - 8.7 **Verwaltungsausschuss vom 21.06.2012**
    - 8.7.1 **Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 30.05.2012**
      - 8.7.1.1 Festsetzung der Elternbeiträge für den städtischen Kindergarten
    - 8.7.2 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 04.06.2012**
      - 8.7.2.1 Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen; hier: Neufestsetzung des Anteils der Stadt Varel
    - 8.7.3 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.06.2012**

8.7.3.1 Bebauungsplan Nr. 61 A, 5.- Änderung (Bereich Edeka Markt Dangast) incl. 3. Berichtigung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss

#### **8.7.4 Anträge an den Rat**

8.7.4.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Varel  
hier: § 8 Öffentliche Bekanntmachungen

#### **9 Mitteilungen des Bürgermeisters**

#### **10 Anträge und Anfragen**

### **Protokoll:**

## **Öffentlicher Teil**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 18.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine große Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass Ratsherr Gröne entschuldigt fehlt.

#### **2 Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

Die Fraktion MMW zieht ihren Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 8.7.1 – Festsetzung der Elternbeiträge für den städtischen Kindergarten, den sie kurz vor der Sitzung eingereicht hatte, zurück.

#### **3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 22.03.2012**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 22.03.2012 wird einstimmig genehmigt.

#### **4 Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage eines Bürgers erklärt Bürgermeister Wagner, dass die B437 eine Bundesstraße ist und der Bau des parallel verlaufenden Radwegs nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Varel gehört.

Die Bürgerinitiative Dangast erklärt, dass sie in dieser Sitzung keine Fragen stellen wird, da die Erfahrung aus der Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 14.06.2012 gezeigt hat, dass dieses keinen Sinn hat.

**5 Neubesetzung von Ausschüssen und Wechsel eines Ausschussvorsitzenden;  
hier: Antrag der Fraktion Grüne/BBV  
Vorlage: 215/2012**

Die Gruppe GRÜNE/BBV schlägt gem. § 71 Abs 9 Satz 3 Ziffer 1 NKomVG folgende Umbesetzung von Ausschüssen vor, sowie gem. § 71 Abs. 8 Satz 4 NKomVG den Wechsel im Vorsitz des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport (Vorschlagsberechtigt ist die Gruppe GRÜNE/BBV):

- 1. Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport**  
Djure Meinen (Vorsitzender)  
Bernd Köhler (stellv. Vorsitzender)  
Rudi Böcker (Vertreter)  
Christoph Hinz (Vertreter)
- 2. Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast**  
Walter Langer (Ausschussmitglied)  
Bernd Köhler (Ausschussmitglied)  
Djure Meinen (Vertreter)  
Christoph Hinz (Vertreter)

**Beschluss:**

Die Besetzung der Ausschüsse wird wie aufgeführt festgestellt.

**Einstimmiger Beschluss**

**6 Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Fassung eines Vorbehaltsbeschlusses gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG in der Angelegenheit "Verkehrsberuhigung Osterstraße und Tweehörnweg"  
Vorlage: 256/2012**

Die Fraktion Zukunft Varel hat mit dem dieser Vorlage als Anlage beigefügten Schreiben vom 15.06.2012 beantragt, dass der Rat der Stadt Varel in der Angelegenheit „Verkehrsberuhigung Osterstraße und Tweehörnweg“ einen Beschluss gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG fasst. Gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG beschließt die Vertretung über Angelegenheiten, für die der Hauptverwaltungsbeamte zuständig ist, wenn sie sich im Einzelfall die Beschlussfassung vorbehalten hat.

Über den hier vorliegenden Antrag hinsichtlich der Beordnung der Verkehrsverhältnisse in der Osterstraße und dem Tweehörnweg von 14.05.2012 ist der Bürgermeister zuständig (Geschäft der laufenden Verwaltung). Über diesen Antrag

ist bislang nicht entschieden. Sowohl der Antrag vom 14.05.2012 als auch das Schreiben der Fraktion Zukunft Varel vom 23.05.2012 sind als Anlage beigefügt.

Die Fraktion Grüne/BBV sprechen sich für einen Vorbehaltsbeschluss aus, ohne sich inhaltlich zu positionieren. Da die Verkehrsthemen rund um die Oldenburger Straße in den letzten Jahren immer wieder Thema gewesen sind, sollte dem Rat die Verantwortung übertragen werden.

Die Gruppe SPD/CDU/FDP lehnt den Antrag ab. Verkehrsangelegenheiten gehören in den Zuständigkeitsbereich der unteren Verkehrsbehörde und damit des Bürgermeisters. Bislang ist dieses Verfahren immer gut gelaufen und sollte daher auch nicht verändert werden. Anregungen des Rates sind immer in die Entscheidungsfindung eingeflossen. Die Mehrheitsgruppe hält es für höchst problematisch diese Dinge durch den Rat entscheiden zu lassen.

Aus Sicht des Ratscherrn Funke sollte der Rat, der von den Bürgern gewählt ist, nicht der Verwaltung solche Entscheidungen überlassen. Es ist vornehmste Aufgabe des Rates die Interessen ihrer Bürger zu vertreten. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass die Mehrheitsfraktion es ablehnt, den Einfluss des Rates geltend zu machen. Schon von der Allzuständigkeit des Rates her, sollte der Rat jede Gelegenheit wahrnehmen mitzubestimmen. Früher wurden derartige Angelegenheiten immer vom Bürgermeister bzw. Stadtdirektor in den Ausschuss gegeben, auch wenn der Rat nicht zuständig war. Das NKomVG möchte doch ausdrücklich, dass der Rat bei wichtigen Entscheidungen mitredet und hat daher die Möglichkeit des Vorbehaltsbeschlusses aufgenommen. Ratscherr Funke wünscht sich entschieden mehr Mitbestimmung durch den Rat und fordert die Ratsmitglieder auf ihre Einflussmöglichkeit wahrzunehmen und diese dann auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu rechtfertigen.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski schließt sich den Worten des Ratscherrn Funke an. Es wäre gut, wenn Themen, die so breit in der Öffentlichkeit diskutiert werden auch vom Rat entschieden werden.

Aus Sicht des Ratscherrn Eilers regelt das NKomVG die Zuständigkeiten so, dass der Rat seine ihm zugedachten Aufgaben auch schaffen kann. Daher sind bestimmte Aufgaben dem Bürgermeister zugeordnet. Es reicht ihm aus, wenn der Bürgermeister dem Rat diese Anträge zur Kenntnis gibt und der Rat Anregungen geben kann. Es ist aus seiner Sicht nicht erforderlich, dass der Rat über alle Verkehrsangelegenheiten entscheidet. Es kann auch nicht sein, dass jeder Bürger selber entscheidet welche Geschwindigkeit bei ihm vor der Tür sein soll. Die CDU-Fraktion wird daher den Antrag ablehnen.

Ratscherr Funke weist nochmals darauf hin, dass das NKomVG ausdrücklich den Vorbehaltsbeschluss vorsieht. Die Anträge der Fraktion ZV beziehen sich auch nicht auf jede Verkehrsangelegenheit, sondern auf ganz konkrete Fälle, für die Bürger konkrete Anträge eingereicht haben. Dass der Rat sich nicht mit jeder einzelnen Straße beschäftigen kann, sieht Ratscherr Funke ein, er würde sich aber wünschen, dass sich der Rat häufiger mit solchen Anträgen von Bürgern auseinandersetzt. Außerdem bezweifelt er, dass immer alle Anträge von Bürgern, die an den Rat weitergeleitet werden sollten, an diesen auch weitergeleitet wurden.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass der Gesetzgeber ausdrücklich den Bürgermeister als untere Verkehrsbehörde für zuständig erklärt hat. Es wurde bislang so gehandhabt, dass der Bürgermeister den Rat von den Anträgen in

Kenntnis setzt und in bestimmten Angelegenheiten den Rat des Rates einholt. Jetzt grundsätzlich zu sagen, der Rat soll entscheiden, würde den Umgang miteinander völlig ändern. Er bittet darum, Vertrauen in die Entscheidung des Bürgermeisters zu haben und die Zuständigkeit beim Bürgermeister zu belassen. Sicherlich wird es bei komplexen Entscheidungen immer eine Rückmeldung des Rates geben. Das Verfahren ist in der Vergangenheit immer gut gelaufen und sollte daher auch so beibehalten werden.

Die Aussage des Rats Herrn Funke, dass sich die Mehrheitsgruppe nicht mit den Verkehrsproblemen Varels beschäftigen will, weist Rats Herr Bruns ausdrücklich zurück. Es ist aber eine Frage des Umgangs miteinander. Sollte die Zuständigkeit auf den Rat übertragen werden sind keine schnellen Entscheidungen mehr möglich. Der Rat erhält über alle wichtigen Anträge und deren Ergebnis Kenntnis und hat die Möglichkeit über die Entscheidung zu beraten. Mit der bislang praktizierten Form kann die SPD-Fraktion sehr gut leben.

Rats Herr Funke betont nochmals, dass es ihm nicht um jede Verkehrsangelegenheit geht, sondern um ganz konkrete Fälle. Die Verantwortung der Ratsmitglieder geht über die bloße Kenntnisnahme hinaus. Die Bürger haben das Recht zu erwarten, dass der Rat richtige Entscheidungen trifft.

Da es sich hier um Einzelfälle handelt und nicht um eine Grundsatzentscheidung, spricht sich Rats Herr Böcker für die Anträge aus.

#### **Beschluss:**

In der Angelegenheit „Verkehrsberuhigung im Bereich Osterstraße und Tweehörnweg“ (Entscheidung über den Antrag vom 14.05.2012) behält sich der Rat der Stadt Varel gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG die Beschlussfassung vor.

#### **Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 14 Nein: 18**

#### **7 Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Fassung eines Vorbehaltsbeschlusses gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG in der Angelegenheit "Verkehrsberuhigung Oldenburger Straße" Vorlage: 259/2012**

Die Fraktion Zukunft Varel hat mit dem dieser Vorlage als Anlage beigefügten Schreiben vom 15.06.2012 beantragt, dass der Rat der Stadt Varel in der Angelegenheit „Verkehrsberuhigung Oldenburger Straße“ einen Beschluss gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG fasst. Gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG beschließt die Vertretung über Angelegenheiten, für die der Hauptverwaltungsbeamte zuständig ist, wenn sie sich im Einzelfall die Beschlussfassung vorbehalten hat.

Über den hier vorliegenden Antrag hinsichtlich der Beordnung der Verkehrsverhältnisse in der Oldenburger Straße von 10.01.2012 ist der Bürgermeister zuständig (Geschäft der laufenden Verwaltung). Über diesen Antrag ist bislang nicht entschieden. Sowohl der Antrag vom 10.01.2012 als auch das Schreiben der Fraktion Zukunft Varel vom 28.03.2012 sind als Anlage beigefügt.

Siehe auch TOP 6.

**Beschluss:**

In der Angelegenheit „Verkehrsberuhigung Oldenburger Straße“ (Entscheidung über den Antrag vom 10.01.2012) behält sich der Rat der Stadt Varel gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG die Beschlussfassung vor.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 14 Nein: 18**

**8 Berichte und Anträge der Ausschüsse****8.1 Verwaltungsausschuss vom 28.06.2012 (siehe auch TOP 8.3)****8.1.1 Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 35 NKomVG**

**Vorlage: 263/2012**

Die Fraktion Zukunft Varel hat mit Schreiben vom 18. Juni 2012 die Durchführung einer Bürgerbefragung zu dem in der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 14.06.2012 vorgestellten Konzept zur Sicherung des Tourismusstandortes Dangast beantragt.

Die Durchführung einer Bürgerbefragung ist durch Satzung zu regeln. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Varel am 21.06.2012 wurde klargestellt, dass mit dem Antrag nicht die Intension verbunden ist, bereits in der Sitzung des Rates der Stadt Varel am 28.06.2012 über einen entsprechenden Satzungsbeschluss zu entscheiden. Es soll vielmehr über die Grundsatzfrage entschieden werden, ob zu dem Thema die in § 35 NKomVG geregelte Bürgerbefragung durchgeführt werden soll.

Ratsherr Funke macht deutlich, dass der Verlauf der Sitzung des Betriebsausschusses vom 14.06.2012 und die Diskussion im Tivoli der Fraktion ZV gezeigt hat, dass eine Bürgerbefragung durchgeführt werden muss, denn die Mehrheitsgruppe hält trotz großem Widerstand aus der Bevölkerung in Dangast und darüber hinaus, an ihrem Grundsatzbeschluss, Abriss Deichhörn, Verkauf von 6,5 ha Land für 5,5 Mio. € und insgesamt Schaffung von 1.000 Betten, fest. Dieses ist in der kommunalpolitischen Geschichte der Stadt Varel seit über 40 Jahren ein einmaliger Vorgang. Die SPD sollte mal darüber nachdenken, dass sie es seit 1986 nur immer wieder geschafft hat absolute Mehrheiten zu erreichen, weil sie auf die Bürger gehört hat. Ratsherr Funke wundert sich sehr über den Sinneswandel einiger SPD-Mitglieder. Er zitiert aus dem Wahlprogramm der SPD: „Wir wollen gemeinsam mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Ideen entwickeln wie wir die Zukunft unserer Stadt gestalten wollen.“ und „Die SPD steht für transparente Politik und nachvollziehbar Entscheidungen und wirbt damit um Vertrauen in politisches Handeln.“. Wenn man das ernst nimmt, kann ein Grundsatzbeschluss dieser Art nicht gegen den Widerstand aufrecht gehalten werden. Ratsherr Funke hält es daher für dringend geboten diesen Beschluss zurückzustellen und zunächst die Bürger zu befragen. Die Bürgerbefragung bezieht sich ausschließlich auf den Grundsatzbeschluss und nicht auf allgemeine Dinge. Es ist das Recht der

Bürger bei einer solch einschneidenden Maßnahme für die ganze Stadt, dass auf sie gehört wird, egal wie die Befragung ausgeht.

Ratsherr Funke weist auf ein Zitat einer Äußerung des Ratsherrn Bruns in dem Gemeinnützigen vom 26.06.2012:hin: „Im Grundsatz lehne die Mehrheitsgruppe eine Bürgerbefragung nicht ab, wohl aber eine Befragung zum gegenwärtigen Zeitpunkt, weil im Augenblick, wegen der Komplexität der Materie, eine sinnvolle Fragestellung nicht möglich ist.“ Damit unterstellt die Mehrheitsgruppe aus Sicht des Ratsherrn Funke, dass die Bürger im Gegensatz zu ihnen die Komplexität des Grundsatzbeschlusses nicht verstehen und sie ihnen darüber keine Entscheidung zutrauen. Im Gegensatz zur Mehrheitsgruppe ist es der Fraktion ZV durchaus möglich, eine konkrete Fragestellung zu formulieren. Glücklicherweise ist es in der Kommunalpolitik den Bürgern durch die Bürgerbefragung noch möglich direkten Einfluss auf die Politik zu nehmen. Und wer sich für diesen direkten Einfluss ausspricht, muss auch für diese Bürgerbefragung sein.

Die Fraktion MMW wird für den Antrag stimmen. Stellv. Bürgermeister Chmielewski bedauert, dass hier Politik über die Köpfe der Bürger hinweg praktiziert wird, eine Bürgerbefragung würde dieses ein Stück weit heilen. Die beste Lösung wäre allerdings, nicht jetzt die Bürgerbefragung durchzuführen, sondern zunächst den Beschluss über das Konzept zurückzustellen und mit den Bürgern zu diskutieren. Die Bürgerbefragung ist ein gutes Mittel, um den Bürgerwillen in die Politik einzubeziehen. Die MMW wiederholt ihren Antrag, eine grundsätzliche Satzung zur Bürgerbefragung zu erlassen, um in der Zukunft schneller handeln zu können.

Die SPD/CDU/FDP-Gruppe spricht sich für eine Grundsatzsatzung zur Bürgerbefragung aus, aber gegen eine konkrete Bürgerbefragung zum Konzept Dangast zum jetzigen Zeitpunkt. Die Frage für eine Bürgerbeteiligung muss so formuliert sein, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. In Bezug auf die Äußerung des Ratsherrn Funke zur Komplexität, verweist Ratsherr Bruns auf die unterschiedliche Auffassung vom heutigen Beschluss. Es wird unterstellt, dass die Mehrheitsfraktion dieses Konzept in Gänze um jeden Preis umsetzen möchte und nicht bereit ist den Grundsatzbeschluss auch wieder in Frage zu stellen, wenn er sich auf dem weiteren Weg für nicht erfüllbar erweist. Dieses ist aber nicht so. Die Frage heute ist nicht, ob das Konzept so umgesetzt werden kann, sondern ob die Fragen, die sich im laufenden Prozess ergeben beantwortet werden können. Dabei ist die Mehrheitsgruppe bereit in einen konstruktiven Dialog mit den Bürgern zu treten und Alternativvorschläge anzunehmen. Eine Bürgerbefragung zu diesem Konzept zum jetzigen Zeitpunkt bringt Dangast nicht weiter. Hier wird versucht, etwas tot zu machen, bevor es anfängt zu leben. Sie sind daher dafür, zunächst die Grundsatzsatzung zu beschließen und dann evtl. zu einem späteren Zeitpunkt, wenn konkretere Entscheidungen notwendig sind, über eine Bürgerbeteiligung zu reden.

Die Gruppe Grüne/BBV wird ebenfalls den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen. Ratsherr Meinen bezieht sich auf die Begründung des Ratsherrn Bruns. Die von Herrn Funke vorgeschlagene Frage „Konzept ja oder nein?“ ist aus seiner Sicht zu einfach. Das Konzept enthält viele Dinge, die für Dangast wichtig sind, wie z. B. „Wie soll in Zukunft mit dem Defizit in Dangast umgegangen werden?“, nicht. Diese Frage müsste aber in einer Bürgerbefragung durchaus mit beantwortet werden. Sie sprechen sich zwar heute gegen eine Bürgerbefragung aus, sind aber grundsätzlich sehr offen gegenüber Bürgerbefragungen. Sollte das Konzept auch nach der Beteiligung der Bürger in Form des Arbeitskreises weiterhin auf große Ablehnung stoßen, könnten sie sich vorstellen, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Daher lehnen sie nicht grundsätzlich Bürgerbefragungen ab und werden sich dafür einsetzen, dass für die Bürgerbefragung eine Grundsatzsat-

zung erlassen wird. Darüber hinaus regt Ratscherr Meinen an, dass die Stadt Varel in Anlehnung an den Landkreis Friesland die Bürger über das Internet beteiligen sollten, z. B. mit dem Programm „Liquid Feedback“.

Die CDU-Fraktion hält eine Bürgerbefragung dann für sinnvoll, wenn die Betroffenheit der Bürger klar definierbar ist, alle Bürger einer Kommune gleichmäßig beteiligt sind und die Frage eindeutig formuliert werden kann. Dieses ist hier nicht so. Bei einer Abstimmung stimmen nicht nur Dangaster, sondern auch die Bürger aller anderen Ortschaften ab. Der Ort Dangast wird von vielen sehr unterschiedlich gesehen. Ratscherr Eilers hat schon von vielen Bürgern vernommen, dass sie fordern, dass endlich etwas passiert, um in Dangast das Defizit einzusparen. Es kann nicht sein, dass durch eine Frage zum jetzigen Zeitpunkt, dass gesamte Konzept vernichtet wird. Das heißt es sind 1,5 Jahre Vorarbeit verschwendet. Varel hat ernste Probleme und sehr unterschiedliche Interessenlagen. Das jetzt vorgelegte Konzept ist lediglich ein Startschuss und noch keine Lösung. Schon jetzt bestand Kontakt zum Kurverein. Es hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Ihr wird die Möglichkeit geboten an der Entscheidungsfindung und kritischen Überprüfung des Konzeptes mitzuarbeiten. Unter Einbeziehung der Bürger in den Entstehungsprozess soll eine Lösung erarbeitet werden, die dann hoffentlich breit getragen wird. Bereits jetzt haben Bürger Hinweise zum Konzept eingereicht, die abgearbeitet werden, z. B. dass die Kosten wesentlich höher sind. Das muss überprüft werden und wenn es viel teurer wird, wird sich auch die Mehrheitsfraktion nicht für diese Lösung entscheiden. Ziel kann es nicht sein, der Stadt Varel noch mehr Lasten aufzuerlegen. Der Rat hat den Auftrag die Stadt handlungsfähig zu erhalten. Wenn das Defizit in Dangast in der Höhe weiter aufrechterhalten bleibt, ist die Stadt schnell handlungsunfähig. Dann bleiben der Stadt kein Geld mehr für andere wichtige Aufgaben. Daher ist es wichtig in Dangast aufzuräumen, ohne Dangast kaputt zu machen. Die Stadt muss sich jetzt auf den Weg begeben und nicht wieder 7-8 Jahre warten. Ratscherr Eilers fordert den Rat auf, in gemeinsamer Verantwortung jetzt tätig zu werden.

Die Fraktion BBV hält die Bürgerbefragung zu diesem Zeitpunkt für falsch. Es ist besser sie dann durchzuführen, wenn ein konkretes Konzept vorliegt. Ratscherr Böcker spricht sich dafür aus, jetzt zunächst den Arbeitskreis zu bilden und damit viele an der Entwicklung des Konzeptes zu beteiligen. Aus seiner Sicht bringt eine Bürgerbefragung zum jetzigen Zeitpunkt nichts.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski schlägt als konkrete Frage folgenden Wortlauf vor: „Wollen wir weiter so unwirtschaftlich handeln und alles Kapital, welches die Stadt Varel besitzt, zu versilbern und dann irgendwann ohne Besitz dastehen?“

#### **Beschluss:**

Zu dem in der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 14.06.2012 vorgestellten Konzept zur Sicherung des Tourismusstandortes Dangast wird eine Bürgerbefragung gemäß § 35 NKomVG durchgeführt.

Die erforderlichen Satzungsregelungen sind vorzubereiten und zur Beschlussfassung dem Rat der Stadt Varel vorzulegen.

#### **Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 9 Nein: 23**

## 8.2 Verwaltungsausschuss vom 21.06.2012 (siehe auch TOP 8.7)

### 8.2.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 14.06.2012

#### 8.2.1.1 Bewirtschaftung Gelände und Gebäude Deichhörn / Kurzentrum Vorlage: 221/2012

Ratsherr Funke kann die Empörung der Bürger verstehen, denn er glaubt nicht, dass der Arbeitskreis ernst gemeint ist. Er skizziert kurz die Entstehung und Entwicklung des Konzeptes in den letzten Monaten. Zunächst hörte er Anfang des Jahres von Gerüchten über ein Konzept, welches angeblich kein Konzept ist, welches beinhaltet, dass 6,5 ha Land für 5 – 5,5 Mio. € verkauft werden sollen, dass die Kuranlage Deichhörn verkauft und abgerissen werden soll, dass der Deich erhöht werden soll, dass dann alles einschließlich Nationalparkhaus verlagert werden soll. Es sorgte für Erstaunen, da niemand meinte, dass jemand so etwas beschließen kann. Dann stellt sich heraus, dass genau das in der Mehrheitsgruppe bereits vorgetragen wurde, ohne die Öffentlichkeit zu informieren. In der Betriebsausschusssitzung vom 16.02.2012 wurde ihm auf Nachfrage nicht mitgeteilt, dass in der Verwaltung Ideen und Konzepte erarbeitet werden, die aber noch nicht reif für eine öffentliche Diskussion sind. Anfang März in der Jahreshauptversammlung des Kurvereins Dangast wurde dann das Konzept offenkundig, es ist also seit Februar bekannt. Der Rat musste dann bis zum 14.06.2012 warten, bis das Konzept endlich in der Betriebsausschusssitzung vorgestellt wurde. Das ist aus Sicht des Ratsherrn Funke kein Ruhmesblatt der Bürgerbeteiligung und es muss sich dann auch keiner wundern, dass es Empörung und kaum noch Vertrauen gibt. Das Vertrauen könnte wieder hergestellt werden, wenn die Mehrheitsgruppe sich bereit erklärt, den Grundsatzbeschluss heute nicht zu beschließen, sondern erst mit den Leuten zu reden. Eile herrscht ohnehin nicht, da der Deichbau sowieso noch dauert.

Ratsherr Funke hat in den letzten Tagen sehr viele Vorschläge zum Konzept erhalten und würde gerne vor einer Beschlussfassung einige überprüfen. Ihm kam zur Kenntnis, dass in den letzten Jahren einige Vorschläge zur Nutzung von Bürgern abgelehnt wurden. Die Diskussion mit den Bürgern ist gut, es kann daher nicht dabei bleiben, dass der Grundsatzbeschluss so gefasst wird. Aus Sicht des Ratsherrn Funke ist der Arbeitskreis in Wirklichkeit kein Entgegenkommen für die Bürger. Nachdem gestern in der Zeitung der Wirtschaftsförderungsverein, der sich klar für das Konzept ausgesprochen hat, darum gebeten hat, im Arbeitskreis mitzuwirken, wird dieses heute von der SPD vorgeschlagen. Es ist also eine Mitwirkung auf Zuruf. Ratsherr Funke lehnt ihre Mitwirkung ab, da ihre Meinung bereits feststeht, das ist für Vertrauensstiftung in den Arbeitskreis nicht gut. Aufgabe des Arbeitskreises sollte es lt. Antrag der Mehrheitsgruppe sein, alle Vorschläge bzw. eingehenden Alternativen zu beraten und zu prüfen. Ratsherr Funke fragt, ob dieses auch für dieses Konzept gilt? Denn wenn es auch für das Konzept gilt, kann der Grundsatzbeschluss heute nicht gefasst werden. In der Aufgabenstellung des Arbeitskreises fehlt die Prüfung, ob es ortsverträglich, städtebaulich verträglich und kulturell geschichtlich vertretbar ist. Es geht ausschließlich um quantitative Maßnahmen um Massentourismus zu organisieren, das reicht aus Sicht des Ratsherrn Funke nicht. Er appelliert daher nochmals an alle Ratsmitglieder den Grundsatzbeschluss heute ruhen zu lassen. Es ist wichtigste Aufgabe des Rates Frieden zu stiften zwischen dem was die Gremien wollen und den Interessen der

Bürger. Es ist wichtig vor einer Beschlussfassung eine Grundlage des Vertrauens und Miteinanders zu schaffen. Es gegen den Widerstand der Bürger durchzusetzen ist für die gesamte Stadt nicht gut.

Ratsherr Funke ist davon überzeugt, dass die Stadt dieses Konzept nicht mehr durchsetzen kann, da bereits so viel Enttäuschung, Empörung und Wut erzeugt wurde, dass es einen beispiellosen Widerstand in Varel und darüber hinaus dagegen geben wird. Er bezweifelt, dass ein seriöser Investor gegen den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung in Dangast investieren wird. Die Stimmung in Dangast wird aus seiner Sicht von der Mehrheitsgruppe weit unterschätzt. Um diese Stimmung einzufangen, fordert er nochmals dazu auf den Grundsatzbeschluss ruhen zu lassen. Es kann keiner wollen, dass nachher diese Beschlussfassung mit Gewalt durchgesetzt werden muss.

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Varel Kurdirektor Taddigs einstimmig mit einem klaren Auftrag, und zwar das Defizit in Dangast zu senken und den Tourismus weiter zu entwickeln, eingestellt hat. Herr Taddigs hat diese Aufgabe erledigt im Auftrag des Rates. Es gibt viele Kritiker zum Konzept und es ist auch gutes Recht der Bürger, kritisch Dinge zu begleiten und zu hinterfragen. Ziel ist es, sich mit diesen Dingen auseinander zu setzen. Die Mehrheitsgruppe wird beweisen, dass es ihnen ernst ist mit der Arbeit des Arbeitskreises. Die Gruppe muss aber auch das Recht haben, sich bestimmte Sachen zu überlegen, bevor sie damit an die Öffentlichkeit geht. Es stellt sich immer die Frage, wann ist der richtige Zeitpunkt, ein Konzept vorzustellen. Schon sehr früh wurden die Ideen, die heute auf dem Tisch liegen, präsentiert. Es gibt jetzt noch viele Frage, die heute nicht beantwortet werden können. Die Fragen müssen im laufenden Verfahren bearbeitet werden. Die Aufgabe des Arbeitskreises soll es sein, offene Fragen zu klären. Daher ist es wichtig jetzt diesen Grundsatzbeschluss zu fassen, um mit der Aufgabe zu beginnen. Anschließend, wenn alle offenen Fragen weitestgehend beantwortet sind und jeder über die gleichen Informationen verfügt, kann weiter entschieden werden. Dabei ist die Mehrheitsgruppe durchaus für Alternativen offen, diese müssen aber gemeinsam kanalisiert werden. Daher haben sie sich bewusst dafür entschieden, dass Fragen und Alternativvorschläge erst in den Arbeitskreis gehen und erst danach in die Gremien. Kein einziges Recht der Bürger wird beschnitten. Es ist aus Sicht des Ratsherrn Bruns auch selbstverständlich, dass kein Konzept weiterverfolgt wird, das auf unwahren Zahlen basiert. Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass nicht das erste Mal über die Veräußerung von Deichhörn nachgedacht und eine Verlagerung Richtung Quellbad angestrebt wird. Diese Zielrichtung ist auch bereits im Aqualon-Gutachten von 2007 nachzulesen. Er zitiert Herrn Funke aus Protokollen über die Beratung dieser Gutachten: „Ratsherr Funke hält den Begriff „Neue Touristische Mitte“ für missverständlich und plädiert für die Bezeichnung neues touristisches Angebot“ und „Die Gebäude der Nordseekuranlage Deichhörn sind nach 30 Jahren überholt und müssen verwertet werden“. Wenn die Gebäude vor 5 Jahren schon abgängig waren sind sie jetzt auch nicht besser geworden, da nichts investiert wurde. Die Mehrheitsgruppe möchte einen vernünftigen inhaltlichen Prozess und gemeinsam mit allen die Fragen beantworten.

Der volkswirtschaftliche Nutzen des Tourismus in Varel steht völlig außer Frage. Aber bei der gegenwärtigen Haushaltslage der Stadt Varel ist die Politik verpflichtet nach allen Möglichkeiten zu suchen Einsparungen wahrzunehmen. In Dangast muss investiert werden, um nachhaltig den Tourismus abzusichern. Gleichzeitig müssen die Kosten gesenkt werden, um das zu schaffen. Die Mehrheitsgruppe ist bereit dieses gemeinsam mit den Bürgern und anderen Fraktionen zu erarbeiten und diese Dinge in Angriff zu nehmen. Ratsherr Bruns wird sich auch gerne an dem Erfolg messen lassen. Bislang liegen Alternativen der Fraktion MMW vor, diese werden im Rahmen des Prozesses mit abgearbeitet. Sollte es nach dem

gemeinsamen Prozess mehrere mögliche Lösungen geben, wäre die Mehrheitsgruppe bereit über eine mögliche Bürgerbefragung nachzudenken. Der Grundsatzbeschluss ist jetzt erforderlich und nimmt auch nicht Umsetzungsschritte vorweg. Die Verwaltung muss jetzt zeigen, dass das, was im Konzept steht, auch der Realität entspricht oder ob es tatsächlich viel teurer wird. Dieses sollten wir gemeinsam in einem strukturierten Prozess abarbeiten. Da es heute nicht um Umsetzungsbeschlüsse geht, sondern darum in einen gemeinsamen Dialog einzutreten, wird die Mehrheitsfraktion diesem Beschluss zustimmen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass er im Arbeitskreis Dorferneuerung darauf angesprochen wurde, dass die Stadt schon seit 20 Jahren in Sachen Dangast „herumwurschtelt“. Es ist schon beachtlich, dass die Stadt es offensichtlich seit 20 Jahren nicht hinbekommt eine touristische Anlage, den Tourismus allgemein und die Vermarktung von Sole usw. auf die Reihe zu kriegen. Wenn die Stadt so weiter macht, ist sie bald am Ende. Es kann auch nicht sein, dass Beschlüsse vor sich her geschoben werden und Alternativen geprüft werden, die vielleicht zunächst ganz interessant aussehen, sich dann aber wieder in Rauch auflösen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass seines Erachtens 85 % des Aqualon-Gutachtens im neuen Konzept enthalten ist. Das Konzept ist eine Leitlinie, an der man sich ausrichtet. Die Stadt braucht vernünftige Entscheidungen, denn die Stadt bewegt sich auf 20 Mio. € Schulden zu. Das heißt sie muss auch Konzepte, Leitlinien und Bilder einfach mal zulassen. Die Aussage, 20 Jahre, hat ihn betroffen gemacht, da anscheinend über Jahre der Rat sehr fahrlässig mit der Gemeinde umgegangen ist. Es gab vielleicht gute Gründe, vielleicht gab es auch Bürger, die das eine oder andere nicht wollten und es gab wirtschaftliche Interessen, die z. B. dafür gesorgt haben, dass das Aqualon-Gutachten nicht umgesetzt wurde, obwohl der Rat der Stadt Varel dieses Aqualon-Gutachten damals angenommen hatte. Das zeigt ihm, dass damals und heute, Personen im Rat sitzen, die durchaus abwägen können, ob etwas umsetzbar ist oder nicht. Bürgermeister Wagner erinnert an die Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung des Aqualon-Gutachtens. Im Vergleich zum jetzt geplanten, war es erst reicht kein Ruhmesblatt, obwohl auch damals schon viele Ratsmitglieder die noch heute im Rat sitzen daran beteiligt waren. Daher ist es jetzt gut, wenn eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die das kanalisiert, was durch die Bürger eingebracht wird. Seit 2008 ist der alte Rat damit angefangen, zu sagen, dass ein anderer Weg gegangen werden soll und das ist aus Sicht des Bürgermeisters gut so. Er bedauert, dass jetzt von einigen Angst gepredigt und prophezeit wird, dass es nicht funktionieren würde.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski gibt einen kurzen Überblick über die für ihn überraschende Entwicklung des Konzeptes. Er konnte noch nachvollziehen, dass Herr Taddigs zusammen mit der Mehrheitsgruppe Ideen entwickelt hat, aber es wurde bereits in der Bevölkerung diskutiert und in der Zeitung berichtet, ohne dass der Betriebsausschuss getagt hatte. Dieses Handeln war für ihn nicht mehr nachvollziehbar. Nun wurde das Konzept am 14.06. im Betriebsausschuss vorgestellt. Zum Bedauern des stellv. Bürgermeisters Chmielewski aber dann ohne inhaltliche Diskussion von der Mehrheitsgruppe akzeptiert. Ähnlich wie beim Aqualon-Gutachten, befürchtet er, dass nur wenige Ratsmitglieder dieses Konzept tatsächlich gelesen haben. Schon 2006 bei der Beauftragung des Aqualon-Gutachtens forderte die Fraktion MMW über die Vorgaben für das Gutachten zu diskutieren. Das Aqualon-Gutachten wurde in Auftrag gegeben, ohne vorher Eckpfeiler festzulegen. Stellv. Bürgermeister Chmielewski warnt davor, hier wieder den gleichen Fehler zu machen. Damals wurde das Konzept beschlossen, trotz der riesengroßen Mängel, die die Fraktion MMW damals aufgezeigt hatte. Z. B. wurde im damaligen Konzept eine bauliche Erweiterung am Quellbad geplant, ohne eine

Deichverlegung bzw. -erhöhung zu berücksichtigen. Der damalige Bau am Quellbad sollte ca. 4 Mio. € kosten. Er fragt sich daher, wie soll es gehen, wenn diese Variante schon 4 Mio. € kostet, ohne Deicherhöhung und Verlegung des Nationalparkhauses, das jetzige Konzept mit gerade Mal weiteren 3,6 Mio. € umzusetzen. Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski wird ein Startschuss ohne Not gegeben, denn es besteht aufgrund des fehlenden Deichbaus überhaupt kein Zeitdruck. Auf Nachfrage teilte ihm der Deichband mit, dass es zurzeit noch keine Planungen für diesen Deichabschnitt gibt. Daher wird es in den nächsten Jahren dort auch keinen Baubeginn geben. Er glaubt auch nicht, dass der Deichband, sich den Deichbau, wie es ihm von Herrn Taddigs vorgeschlagen wurde, aus der Hand nehmen lässt. Die Stadt ist auf die Planung vom Deichband angewiesen. Mit dem vorgelegten Beschluss soll die Verwaltung bereits tätig werden. Sie soll das Planungsrecht vorbereiten und Akquise von Investoren durchführen. Sie sollen also schon 3-4 Jahre bevor überhaupt gebaut werden kann Investoren suchen. Das Schlimmste, was der Stadt aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski passieren kann ist, Deichhörn wird verkauft, es kann aber nichts Neues am Quellbad gebaut werden, weil die Deichsicherung noch nicht ausreichend ist. Solange nicht bekannt ist, wann die Deicherhöhung erfolgt, gibt es aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski keinen Grund für diesen Grundsatzbeschluss. Alles andere wäre Verschwendung öffentlicher Mittel. So leichtfertig darf mit öffentlichen Mitteln nicht umgegangen werden. Durch den Mangel an einer Deicherhöhung, sind die ganzen Arbeitsschritte, die mit dem Grundsatzbeschluss mitbeschlossen werden sollen, hinfällig. Auch bereits beim Aqualon-Gutachten wurde trotz Protesten der Fraktion MMW ausgeschrieben, ohne dass die Deichfrage geklärt war. Darüber hinaus beinhaltete das Gutachten wesentliche wirtschaftliche Fehler. Am Ende ist die Ausschreibung im Sande verlaufen, da es keine Investoren gab bzw. die Bieter abgesprungen sind.

Ein wichtiger Bestandteil des damaligen Aqualon-Gutachtens waren Einsparungen im Bereich der Kuranlage. Auch wenn das Konzept nicht im Ganzen umgesetzt wurde, sind einzelne Teile in den letzten Jahren angegangen worden. Durch diese kleinen Schritte konnte das Defizit schon von 1,5 Mio. € auf 1,1 Mio. € gesenkt werden. Das ist der Bereich, in dem man nach Ansicht der Fraktion MMW weiter machen sollte. Die Stadt muss sich selber Gedanken machen, wie sie wirtschaftlich handeln kann und in kleinen Schritten Einsparungen erzielen. Was jetzt geplant ist, ist genau das Gegenteil, es wird ein großer Wurf erwartet, aus der die Stadt aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski keinen übermäßigen Nutzen ziehen kann. Der Rat sollte sich genau überlegen, ob er wirklich das Eigentum verkaufen und es reinvestieren möchte, mit einer nicht bewiesenen Wirtschaftlichkeit.

Er fordert die Ratsmitglieder auf zu überlegen, ob wirklich eine solche Eile besteht, dass man sich nicht vor einem Grundsatzbeschluss inhaltlich über das Konzept Gedanken machen kann.

So wie es Ratsherr Böcker wahrnimmt, sind die Dangaster seit Jahren gegen Veränderungen. Angesichts des Defizits des Eigenbetriebes ist es aber erforderlich tätig zu werden. In Dangast wurde in der Vergangenheit viel gebaut, wie z. B. das Quellbad und die medizinische Abteilung ohne es finanzieren zu können. Heute muss die Stadt noch 1,6 Mio. € dafür zahlen. Das muss ein Ende haben. Um Veränderungen jetzt in Angriff zu nehmen, muss ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Bereits in den 80er Jahren wurden Fehler gemacht. Jetzt ist es aus Sicht des Ratsherrn Böcker notwendig diese zu korrigieren. Jahrelang hat die Stadt Varel viele Gelder an den Eigenbetrieb Dangast als Ausgleich zahlen müssen, das geht so nicht weiter. Wird weiterhin so viel Geld in Dangast gesteckt, fehlt der Stadt das Geld an anderer Stelle, z. B. beim Straßenbau. Die Fraktion BBV spricht sich daher für den Grundsatzbeschluss, welcher kein Beschluss für ein bestimm-

tes Konzept ist, aus.

Aus Sicht des Ratscherrn Langer hat die Notwendigkeit des Handelns mittlerweile jeder erkannt. Dieser Grundsatzbeschluss enthält Vorschläge und kein festes Konzept. Es handelt sich lediglich um vorbereitende Planungen, die ergebnisoffen diskutiert werden sollen. Dabei fehlen noch unabdingbare Themen, wie z. B. ein Verkehrskonzept, eine realistische Einschätzung der zur Verwertung stehenden Flächen, ein Konzept, wie Bautätigkeiten die bestehenden touristischen Aktivitäten nicht nachhaltig behindern, sowie die Klärung des Hochwasserschutzes. Es gibt noch viele ungeklärte Fragen und nur eine negative Antwort würde das Vorhaben zum Scheitern bringen. Der Arbeitskreis muss sich mit Kritikern, Befürwortern und Bedenkenträgern konstruktiv auseinandersetzen. Dabei ist eine große Transparenz unabdingbar. Zeitdruck ist daher völlig fehl am Platz. Heute soll ein langer Weg begonnen werden, der mit einem Entscheidungsfindungsprozess beginnt. Ihm folgt hoffentlich am Ende ein Umsetzungsprozess und dann nach ausführlicher Abwägung eine Entscheidung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird diesen Prozess kritisch begleiten. Sie werden sich bemühen in allen Positionen grüne Positionen mit einfließen zu lassen und wenn Nachhaltigkeit zu erkennen ist, die Beschlüsse auch mittragen. Wenn nicht werden sie ablehnen. Heute werden sie dem Grundsatzbeschluss zustimmen.

Ratscherr Funke erinnert daran, dass die Stadt damals für den Umbau des Quellbades einen Landeszuschuss bekommen hat und damit der Umbau günstiger war, als eine Renovierung. Er hätte sich schon zu dem Zeitpunkt gewünscht, dass eine Sauna ins Bad mit hinein gebaut worden wäre.

Ratscherr Funke zitiert aus dem Aqualon-Gutachten: „In den ersten Überlegungen wurde der Abbruch und die Veräußerung der Hälfte des Grundstückes von ca. 30.000 m<sup>3</sup> zur Finanzierung der investiven Erfordernisse berücksichtigt. Hiervon haben wir uns in Abstimmung mit der Stadtverwaltung gelöst.“ Das zeigt, dass gerade das, was heute diskutiert wird, der Verkauf und Abriss, bei Aqualon nach Beratung in den Fraktionen ausgeschlossen war. Wenn es jetzt darum geht, Sauna, Solarium und Wellness ins Meerwasserquellbad zu bringen, könnte Ratscherr Funke darüber reden. Allerdings dafür Deichhörner zu verkaufen und abzureißen lehnt er ab. Aqualon hat 2008 für Sauna, Solarium, Wellness, Kurmittel und Dangast-Information 4,5 Mio. € veranschlagt, darin war nicht der Deichbau für 3-4 Mio. € und die Verlagerung des Nationalparkhauses enthalten. Das soll im neuen Konzept mit Deichbau und Nationalparkhaus 5,5 Mio € kosten, das passt aus Sicht des Ratscherrn Funke nicht.

Ratscherr Funke regt an, sich auch mal intensiv mit einer Präsentation Varelser Berufsschüler, die gestern etwas zum Thema Dangast vorgetragen haben zu beschäftigen. Diese Präsentation enthielt sehr viele gute Hinweise und Kritiken. Im Zusammenhang mit Dangast kritisiert Ratscherr Funke den Umbau am Teehaus in Dangast.

Abschließend plädiert er nochmals dafür, den Grundsatzbeschluss ruhen zu lassen.

Bürgermeister Wagner zitiert die Eckwerte des Aqualon-Gutachtens: „Schaffung einer neuen touristischen Mitte mit Umsetzung des Zweimarken-Konzeptes „Sommerbad und Wintertherme“ in privater Trägerschaft. Der private Träger übernimmt das Quellbad, das Strandbad, den Campingplatz. Die private Trägerschaft wird durch die Gründung einer Projektgesellschaft in Form einer GmbH & Co KG realisiert. Sie übernimmt folgende Punkte von besonderer Bedeutung. Die Stadt Varel wird stiller Gesellschafter in der Minderheit. Sicherstellung des privatwirtschaftlichen Managements, keine öffentliche Einflussnahme auf unternehmerische Entscheidungen, z. B. Festlegung der Entgelte mehr möglich. Ein privater Partner

soll ein einem Eigenkapital von mindestens 500.000 € in die Projektgesellschaft einbringen. Neue Betriebsteile des Dangstquellbades (Sauna, Wellness, Beauty, Gesundheit) werden durch die Projektgesellschaft geschaffen (Erbbaurecht). Investitionsvolumen 4,3725 Mio. €. Sämtliche Investitionen der neuen Betriebsteile werden von der Projektgesellschaft getätigt (keine Mittel von der Stadt Varel). Kostenfreie Überlassung des Dangstquellbades und des Campingplatzes an die Projektgesellschaft für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren wird er von der Stadt Varel zu tragende Zuschuss festgeschrieben. Die im Konzept enthaltene Prognose für den Zeitraum von 2009-2018 für zu einer Verringerung der Verlustzuweisung von rund 600.000 € pro Jahr. Komplette Aufgabe der Nordseekuranlage Deichhörn und des Dangasthauses und der darin angebotenen Leistungen (Verwertung des gesamten Grundstücks bzw. der Immobilie Kuranlage Deichhörn). Auflösung des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast.“ Es waren aber auch noch einige Fragen offen, das Konzept enthielt dafür noch folgende Eckwerte:

- Sicherung von Qualitäts- und Leistungsstandards im Sinne von Mindestanforderungen
- Anerkennung von Dangast als Nordseebad
- Fragen des Hochwasserschutzes für die neue touristische Mitte
- Fragen der Risikoabsicherung der Stadt Varel bei der Umsetzung des Konzeptes
- Personalfragen und Absicherung der Finanzierung
- Fragen im Zusammenhang der überlassenen Betriebsteile
- Eigentumsfragen für die neuen Betriebsteile
- Planungsrechtliche Festsetzungen des Grundstückes Kuranlage Deichhörn.

Angesichts, was damals beschlossen wurde, wundert es Bürgermeister Wagner, das damals keiner dagegen angegangen ist.

Ratsherr Funke betont, dass er durchaus mit der Auflösung des Eigenbetriebes einverstanden sein könnte. Wenn dadurch Geld gespart werden kann, stimmt er diesem sofort zu. Die touristischen Angelegenheiten können auch anders geregelt werden. Die Frage der Saisonverlängerung könnte auch angetastet werden.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski war der damals gefasste Beschluss zum Aqualon-Gutachten nicht gut. Eigentlich hätte dieses Konzept gar nicht in die Ausschreibung gehen dürfen, solange die Deichfrage nicht geklärt war.

### **Beschluss 1:**

Das vorliegende Konzept der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt einen Arbeitskreis zu bilden, damit die Bevölkerung ausreichend in den Prozess der Projektentwicklung eingebunden ist. Die Verwaltung wird aufgefordert, zusätzlich zu dem vorliegenden Konzept Alternativen zu entwickeln.

### **Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 9 Nein: 21 Enthaltungen: 2**

### **Bewirtschaftung Gelände und Gebäude Deichhörn / Kurzentrum**

#### **- 2. Beschluss**

**Vorlage: 221/2012/1**

**Beschluss 2:**

Der Rat der Stadt Varel verfolgt im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes unter anderem das Ziel, das Defizit für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast zu reduzieren und zu minimieren. Der eingeschlagene Weg der Professionalisierung soll weitergeführt werden. Erste bilanzverbessernde Maßnahmen zeigen trotz schwieriger Veränderungsprozesse gute Ansätze.

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept (Anlage 1) basiert auf dieser Grundentscheidung.

Der Fachbereich Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast wird mit der Federführung beauftragt, dieses Konzept möglichst zeitnah voran zu bringen. Insbesondere folgende Ergebnisse sind zu schaffen:

- a) Vorbereitung des Planungsrechts
- b) Akquise von Investoren
- c) Verhandlung mit den Deichbehörden
- d) Definition der Ausschreibungsmodalitäten
- e) Beschaffung von Zuschüssen

Der Rat unterstreicht die Nachhaltigkeit des Ansatzes zur Professionalisierung des Tourismus durch die Festlegung, dass alle aus dem Konzept entstehenden Erträge direkt in touristische Infrastrukturmaßnahmen des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast reinvestiert werden.

Die Bevölkerung ist über den Betriebsausschuss und weitere Ausschüsse über den Sachstand und Ablauf des Konzeptes zeitnah zu informieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgerbeteiligung in Form eines Arbeitskreises zur Weiterentwicklung des vorliegenden Konzeptes einzurichten

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 21 Nein: 9 Enthaltungen: 2**

**8.3 Verwaltungsausschuss vom 28.06.2012**

**8.3.1 Bewirtschaftung Gelände und Gebäude Deichhörn / Kurzentrum  
hier: Antrag der Gruppe SPD / CDU / FDP im Rat der Stadt Varel auf Festlegung der Besetzung des Arbeitskreises zur Weiterentwicklung des Konzeptes  
Vorlage: 221/2012/2**

**Beschluss 1:**

Der zur Weiterentwicklung des in der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 14.06.2012 vorgestellten Konzeptes zu bildende Arbeitskreis wird wie folgt besetzt:

1. Je ein Mitglied jeder Fraktion des Rates der Stadt Varel
2. Zwei Mitglieder der Bürgerinitiative Dangast
3. Zwei Mitglieder des Kurvereins Dangast

4. ein Mitglied des Wirtschaftsförderungsvereins Varel e. V.
5. ein Mitglied des Arbeitskreises Dorferneuerung Dangast
6. Bürgermeister Wagner und Kurdirektor Taddigs

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 23 Nein: 6 Enthaltungen: 3**

**Bewirtschaftung Gelände und Gebäude Deichhörn / Kurzentrum  
hier: Antrag der Gruppe SPD / CDU / FDP im Rat der Stadt Varel auf Festle-  
gung der Besetzung des Arbeitskreises zur Weiterentwicklung des Konzep-  
tes**

**Vorlage: 221/2012/3**

**Beschluss 2:**

Der zur Weiterentwicklung des in der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 14.06.2012 vorgestellten Konzeptes zu bildende Arbeitskreis wird wie folgt besetzt:

1. Je ein Mitglied jeder Fraktion des Rates der Stadt Varel
2. Zwei Mitglieder der Bürgerinitiative Dangast
3. Zwei Mitglieder des Kurvereins Dangast
4. ein Mitglied der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
5. ein Mitglied des Arbeitskreises Dorferneuerung Dangast
6. Bürgermeister Wagner und Kurdirektor Taddigs

Die Aufgabenzuweisung erfolgt zunächst entsprechend dem Antrag der Gruppe SPD/CDU/FDP im Rat der Stadt Varel vom 22.06.2012.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 23 Nein: 6 Enthaltungen: 3**

**8.4 Verwaltungsausschuss vom 12.04.2012**

Kein Tagesordnungspunkt

**8.5 Verwaltungsausschuss vom 10.05.2012**

Kein Tagesordnungspunkt

**8.6 Verwaltungsausschuss vom 31.05.2012**

siehe nichtöffentlicher Teil

## 8.7 Verwaltungsausschuss vom 21.06.2012

### 8.7.1 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 30.05.2012

#### 8.7.1.1 Festsetzung der Elternbeiträge für den städtischen Kindergarten Vorlage: 195/2012

Die Fraktion MMW lehnt diesen Beschluss ab, da sie die deutliche Steigerung bei den Ganztagsplätzen ablehnt. Anhand eines Beispiels stellt stellv. Bürgermeister Chmielewski die Steigerung von fast 50 % dar. Dieses ist aus seiner Sicht nicht kinderfreundlich. Er bittet, den Rat nochmals die Festsetzung der Entgelte für die Ganztagsplätze zu überdenken.

Ratsfrau Dr. Engstler weist darauf hin, dass die Anhebung der Elternbeiträge für die Halbtagsplätze angesichts der angespannten Haushaltslage und der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst sehr moderat ausgefallen ist. Bei den Ganztagsplätzen ist das bestehende Ungleichgewicht gegenüber den Halbtagsplätzen beseitigt worden. Insgesamt ist ein ausgeglichenes Preisniveau geschaffen worden, welches vergleichbar ist mit den Kindergartenbeiträgen der Nachbargemeinden. Sozialausgewogen ist es durch die Regelung für Geschwisterkinder und das Staffelpkonzept für die Reduzierung der Elternbeiträge bei Bedürftigkeit. Durch diesen Beschluss wird die Schaffung neuer Ganztagsplätze und Krippenplätze in Varel finanziell abgesichert. In Varel wurden in der letzten Zeit 30 neue Ganztagsplätze und 45 neue Krippenplätze geschaffen. Die Mehrheitsgruppe wird daher diesem Antrag zustimmen.

Ratsherr Langer hält den Beschlussvorschlag für durchaus zustimmungsfähig, fordert die Verwaltung aber auf, genau zu beobachten wie sich die Belegung im Ganztagsbereich entwickelt. Sollte es dazu kommen, dass aufgrund der Erhöhung Abmeldungen zu verzeichnen sind, ist gegenzusteuern. Insgesamt begrüßt Rats herr Langer dass zusätzliche Ganztagsplätze geschaffen wurden.

Rats herr Müller bittet die Verwaltung sich die Grenzfälle im Bereich der Ganztagsplätze noch Mal genau anzuschauen, um Härtefälle zu vermeiden. Im nächsten Sozialausschuss sollte darüber beraten werden.

Rats herr Funke schließt sich dem Vorschlag des Rats herrn Müller an. Sollte es erforderlich sein, muss nachgebessert werden.

#### **Beschluss:**

Die Elternbeiträge für den städtischen Kindergarten werden wie folgt neu festgesetzt:

Erhöhung ab	01.08. 2012	01.02. 2013	01.08. 2013	01.08. 2014
Kindergarten Vorm.platz 4 Std.	123,00 €	123,00 €	128,00 €	133,00 €
Kindergarten Vorm.platz 5 Std.	135,00 €	135,00 €	140,00 €	145,00 €
Kindergarten Nachmittagsplatz	106,00 €	106,00 €	111,00 €	116,00 €
Kindergarten Ganztagsplatz	204,00 €	246,00 €	256,00 €	266,00 €
Krippe Vormittagsplatz	195,00 €	195,00 €	200,00 €	205,00 €
Krippe Ganztagsplatz	325,00 €	390,00 €	400,00 €	410,00 €

Hort Nachmittagsplatz	195,00 €	195,00 €	200,00 €	205,00 €
Hort Ganztagsplatz	325,00 €	390,00 €	400,00 €	410,00 €
Sonderöffn.zeiten je halbe Std.	6,00 €	6,00 €	6,00 €	6,00 €

Die Grundsätze der sozialen Ermäßigung der Elternbeiträge ergeben sich aus der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 30.05.2012 beigefügten Darstellung.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 28 Nein: 4**

**8.7.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 04.06.2012**

**8.7.2.1 Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen; hier: Neufestsetzung des Anteils der Stadt Varel  
Vorlage: 202/2012**

**Beschluss:**

Die Stadt Varel übernimmt für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen nach Prüfung der Fördervoraussetzungen durch den Landkreis Friesland pro Einzelfall 12,5 v. H. der förderfähigen Summe. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass alle Gemeinden des Landkreises Friesland der Übernahme eines Anteils von 12,5 v. H. zustimmen.

Einzelbeschlüsse sind erforderlich.

Das Gesamtvolumen ist begrenzt auf die im Haushaltsplan veranschlagte Ausgabeermächtigung und steht jeweils unter der Bedingung der haushaltsrechtlichen Genehmigung.

**Einstimmiger Beschluss**

**8.7.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.06.2012**

**8.7.3.1 Bebauungsplan Nr. 61 A, 5.- Änderung (Bereich Edeka Markt Dangast) incl. 3. Berichtigung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 207/2012**

**Beschluss:**

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 A (Bereich Edeka Markt Dangast) incl. der 3. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 29 Nein: 2 Enthaltungen: 1**

#### **8.7.4 Anträge an den Rat**

##### **8.7.4.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Varel hier: § 8 Öffentliche Bekanntmachungen Vorlage: 236/2012**

Die Fraktion Zukunft Varel freut sich über das Urteil des OVG, da sie bereits im Dezember 2011 die Aufnahme des Aushangs in die Hauptsatzung gefordert hatte. Ratsherr Funke weist darauf hin, dass ihm zugetragen wurde, dass es nicht ausreichen würde, dass der Aushang am Rathaus erfolgt, er müsste auch in wichtigen Ortsteilen erfolgen. Er bittet um Prüfung, ob dieses stimmt.

#### **Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21.06.2012 anliegende Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung wird beschlossen.

#### **Einstimmiger Beschluss**

#### **9 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

#### **10 Anträge und Anfragen**

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 20:40 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)